

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus halbjährlich 60 Mark, Einzelverkaufspreis 5 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtzehnstündige Zeitdauer oder deren Raum 16 Mark, für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Mark, für Reklamen 5. Mark. Beilagengebühr für 1000 Stück 250 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46, Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 254.

Montag, 30. Oktober 1922.

29. Jahrgang.

Staatsstreich der Faschisten.

Die Verbindung mit Italien unterbrochen. — Ein faschistisches Kabinett.

„Angelegte Revolutionen finden nicht statt.“ Dieses steife Wort braucht nicht immer zu stimmen, und es scheint, daß nach der Parade in Neapel und der Drohrede Mussolinis die Latendürftigen von Pisa, Cremona und Florenz sich mit dem Rücktritt der Regierung Facta nicht zufriedengegeben und losgerissen haben. Diese Städte und Perugia, wo ihr Hauptkommando ist, sind in ihrer Gewalt und die Verbindung Nord- und Südtaliens soll unterbrochen sein. Die Regierung hatte den Belagerungszustand über ganz Italien verhängt, um den Militärbehörden alle Gewalt übertragen zu können. Davon ist bereits in vielen Städten, auch in Mailand, Gebrauch gemacht — aber bald darauf ist der Belagerungszustand wieder aufgehoben worden, da die Lage sich gebessert habe. Der Ministerrat richtet an das Volk eine Rundgebung, in der er erklärt, daß die Nachrichten von hochverräterischen Umtrieben in einigen Provinzen Italiens der Wahrheit entsprechen. Diese Umstände hätten den Zweck, die Arbeit der staatlichen Organe zu hindern. Die Regierung werde ihre Pflicht erfüllen, mit allen Mitteln und um jeden Preis die öffentliche Ordnung zum Schutze der Bürger und der verfassungsmäßigen öffentlichen Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Es bleibt nun abzuwarten, welchen Erfolg der Aufruf der Faschisten an die Armee, sich ihnen anzuschließen, haben wird. Die Aufhebung des Belagerungszustandes spricht doch gegen die Wahrheit der Berichte über den Anmarsch auf Rom.

Un beachtenswerten Situationsmeldungen seien die folgenden wiedergegeben:

Mailand, 28. Oktober.

Der „Corriere della Sera“ protestiert gegen die von den Faschisten angekündigte Zensur über die Presse. Der Telephonverkehr ist infolge der Besetzung einer Anzahl von Post- und Telegraphengebäuden durch die Faschisten und infolge der scharfen Inanspruchnahme der Leitungen durch die Militärbehörden auch im Innern des Landes für das Publikum eingestellt. Dagegen ist der Eisenbahnverkehr auf allen Strecken noch regelmäßig. Nur auf der Strecke nach Rom sind infolge der Einlegung (unter Todesdrohung natürlich! Red.) von Sonderzügen für die Faschisten Störungen eingetreten. — Mussolini hielt vor der Redaktion des „Popolo d'Italia“ eine Ansprache und erklärte, daß der Sieg jetzt um jeden Preis erzwungen werden müsse. Die Militärbehörden gingen mit Panzerautomobilen gegen die Menge vor, um sie zu zerstören. Man befürchtet blutige Zusammenstöße. Der Straßenbahnverkehr wurde von den Militärbehörden eingeschränkt. Demplatz und Galerie Vittorio Emanuele sind von Maschinengewehrabteilungen abgeperrt.

Rom, 28. Oktober.

Heute früh hat der König die Besprechungen mit den politischen Persönlichkeiten begonnen. Die Deffinitivität erwartet mit Unruhe und Ungeduld die Resultate der Zusammenkunft Ciolittis mit dem König. In der Umgebung des königlichen Palastes hatte sich heute eine große Menschenmenge angesammelt. Das Gerücht dauert an, obwohl es bereits demontiert wurde, daß Mussolini vom König empfangen werden wird. Offenbar

will der König zunächst Ciolitti die Kabinettsbildung anvertrauen. Die äußerst rechts stehenden Mitglieder der Faschistenpartei erklären jedoch, daß ein Zusammengehen mit Ciolitti ausgeschlossen sei. Es ist allerdings zweifelhaft, ob diese Kreise stark genug sind, um sich durchzusetzen.

Bern, 28. Oktober.

Die telephonischen Verbindungen zwischen der Schweiz und Italien sind seit heute nachmittag unterbrochen.

Der pazifistische Sieg.

II. Paris, 30. Oktober.

Aus Rom wird gemeldet: Mussolini erklärte, daß er in Kürze seine Ministerliste überreichen werde. Es verlautet, daß Mussolini für die Faschisten 7 Kabinettsitze beansprucht. Alle Verhandlungen mit Ciolitti sind abgedrochen worden. Gestern morgen versammelten sich die Faschistenführer in Rom. Alle strategischen Punkte der Stadt sind von Schwarzhemden besetzt, insbesondere die Bahnhöfe, Eisenbahnbrücken und sonstige wichtige Ausgänge. Der Eisenbahnverkehr im Lande wird mit Ausnahme der nach Rom führenden Linien aufrechterhalten. Die Faschisten werden mit fahrplanmäßigen Zügen befördert. Die Sozialistenführer hielten gemeinsam mit den Kommunisten eine geheime Beratung ab. Sie kamen jedoch zu keiner Einigung. Die Sozialisten wollen sich bei einer Wahl der Stimme enthalten. Die Faschisten haben eine Rundgebung veröffentlicht, in der es u. a. heißt: Vor vier Jahren hat die nationale Armee über die auswärtigen Feinde gesiegt, heute haben die Schwarzhemden erneut gesiegt und sind auf Rom marschiert.

Weiter wird gemeldet, daß alle Faschisten mobilisiert seien und ihre Kriegsgesetze Geltung hätten. Die militärische und politische Macht sei einem Aktionskomitee von vier Mitgliedern übertragen worden. Alle Arbeiter werden aufgefordert, den Faschisten beizutreten. Sie hätten nichts zu befürchten, vielmehr werden ihre Rechte verteidigt werden. Der Faschismus wolle nur die Wohlfahrt und Größe Italiens.

Mussolini mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Paris, 30. Oktober.

Die letzten Meldungen aus Rom, die gestern hier eintrafen, belegen, daß Salandra die Aufforderung zur Bildung eines Kabinetts abgelehnt habe und daß der König daraufhin Mussolini mit der Bildung des Kabinetts beauftragte. Weitere Meldungen belegen, daß das Leben in Rom wieder normal sei, der Straßenbahn- und Autoverkehr sei wieder im Gange. Die Blätter rühmen den König wegen seiner Weigerung, das Dekret über den Belagerungszustand zu unterzeichnen. Die Faschisten sind gestern in die Räume des „Il Mondo“, eingedrungen und haben das Lokal des „Paese“ besetzt. In der Redaktion des „Il Mondo“ haben sie die Einrichtung zertrümmert und verbrannt. Der direkte Telephonverkehr war hier gestern abgebrochen.

kanzler empfangen werden. Die offiziellen Verhandlungen sind erst für Dienstag in Aussicht genommen.

SPD. Die Beratungen der von den Parteiführern eingesetzten ersten Unterkommission über die Vorschläge der Sozialdemokratie zur Stabilisierung der Mark wurden am Sonntagvormittag aufgenommen. Die Beratungen, die als vertraulich erklärt wurden, sollen am Sonntagvormittag fortgesetzt werden.

Die sozialdemokratischen Vertreter beschwerten sich entschieden über die Art der Berichterstattung der bürgerlichen Presse von der letzten Parteiführerbesprechung. Die bürgerlichen Parteien stellten fest, daß die ausführlichen Informationen der bürgerlichen Presse über die Parteiführerbesprechung nicht von ihren an der Beratung beteiligten Mitgliedern stammen. Daraus ergibt sich, daß die Indiskretionen nur von einem Vertreter der Regierung begangen wurden. Dieser Fall steht nicht vereinzelt da! Es wäre deshalb rätlich, wenn sich die Regierung die mit den Besprechungen betrauten Beamten näher ansehen würde!

Englands Haltung zu den Berliner Reparationsverhandlungen.

Paris, 30. Oktober.

Die gestrige Reuterdepesche über die Haltung Englands zu den Berliner Reparationsverhandlungen betont, daß kein akuter Meinungsgegensatz zwischen England und Frankreich bestehe und daß die Ansichten nur über die anzuwendende Methode und die Schätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit auseinandergingen. Die Vorstellung, daß die Repko in Berlin einen Zwang auf die deutsche Regierung ausüben werde, sei falsch. Von Bradbury selbst heißt es, er sei allerdings der Ansicht, daß die deutschen Industriellen eine Zeitlang sehr bedeutende Gewinne gemacht hätten, jetzt aber scheine man sich in Deutschland zu fernhalten und sich von der Zettelinflation abzuwenden. Das Ministerium Dr. Wirth habe unter allen Umständen sein Bestes getan.

Dollar 4050.

Ein kommunistischer „Erfolg“!

SPD. Das Werk der Kommunisten in Italien, die Fabrikbesetzung vor Jahresfrist usw., feiert jetzt seine Triumphe. Die bürgerliche italienische Regierung mußte unter dem Druck der faschistischen Gewalt demissionieren und unter bewußter Führung der faschistischen Oberleitung sind jetzt große Gebietsteile Italiens von den Schwarzhemden besetzt, die ordentliche Staatsgewalt vorübergehend außer Kraft gesetzt worden. Zwar hat die in Demission befindliche Regierung sofort Maßnahmen angeordnet, hat den Belagerungszustand verhängt und sonstige Pläne zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung angekündigt. Aber selbst die italienische Regierung wird nicht daran glauben haben, daß der Faschismus sich lediglich infolge dieser angeordneten Maßnahmen vorläufig auf die Besetzung einiger Gebietsteile beschränkt hätte. Der Zweck der faschistischen Aktion war sicherlich nicht die restlose Uebernahme der Gewalt, nicht der Drang nach Blutergießen, sondern einen Beweis zu liefern, für die eigene Machtposition im Staatsgebilde. Dieser Beweis ist gelungen. Die Telephonverbindungen mit dem Auslande waren gestört, die ordentlichen Behörden wurden vorübergehend in dem besetzten Gebiete abgesetzt, die Eisenbahnen standen der faschistischen Gewalt zur Verfügung, alles Staatseigentum mußte, als der Faschismus es wollte, in den Dienst der Schwarzhemden treten. Das Ziel dieser Beweisführung war, dem König zu zeigen, daß eine künftige Regierung ohne Faschisten unmöglich sein wird und daß, falls dennoch ein Kabinett ohne faschistischen Einfluß gebildet werden sollte, es von dem Faschismus bald unmöglich gemacht wird. In Anbetracht dessen ist zu erwarten, daß die neue Regierung in Italien entweder unter faschistischer Leitung oder faschistischer Mitbeteiligung steht oder aber den Faschisten in dem neuen Regierungsprogramm Konzessionen gemacht werden, die keinen Zweifel darüber lassen, daß der unumjährlige Herrscher Italiens in Zukunft Mussolini und seine Getreuen sein werden. Das Ende dieser Entwicklung liegt in der Unterdrückung aller pazifistischen und zum Teil revolutionären Bestrebungen der italienischen Arbeiterschaft. Das ist letzten Endes der Erfolg des kommunistischen Latendranges, dem aber wahrscheinlich eine neue Reaktion der Linken folgen wird.

Die Stärke des Faschismus in Italien gibt den Rechtsradikalen in Deutschland neue Hoffnung und neuen Mut. Herr Hergt, der sich in Görlich auf dem deutschnationalen Parteitag zeitweise als Erfüllungspolitiker nach deutschnationaler Art zeigte, verdammt 24 Stunden später den Parimentarismus und schloß den Parteitag mit den Worten: „In China hieß es: Die Deutschen vor die Front. Vielleicht wird es in diesem Winter heißen: Die Deutschnationalen vor die Front.“

„Antiparlamentarismus“ und „Deutschnationale vor die Front“ kennzeichnen klar den von den Rechtsradikalen angestrebten Weg: Verwirklichung der faschistischen Idee auch in Deutschland. Der Entente und vor allem dem deutschen Kommunismus ist es zu verbanen, daß deutschnationale Kreise vier Jahre nach der Revolution sich derartige Unbedeutungen wieder erlauben können. Der Entente deshalb, weil sie Deutschland in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht nicht zur Ruhe kommen läßt und den Kommunisten, weil sie die innere Wiederaufbauarbeit der deutschen Regierung fortgesetzt zu stören versuchen!

Die deutsche Arbeiterschaft wird den Kampf der Deutschnationalen von Görlich gebührend aufnehmen. Sie wird ihre Aufmerksamkeit in Zukunft den Rechts- und Linksradikalen in gleichem Maße zuzuwenden müssen und dort mit der notwendigen Energie einzuschreiten haben, wo man die friedliche Entwicklung unseres Staatsgebildes mit Gewalt zu stören versucht.

Eisenbahnerstreik?

II. Berlin, 30. Oktober.

In der „Neuen Welt“ fand am Sonntag eine Mitglieberversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Berlin, statt, die von etwa 5000 Personen besucht war. Der Vorsitzende Scheffel gab einen Bericht über die Verhandlungen mit der Regierung. Der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes beschloß, alle Mittel der Verhandlungen zu erschöpfen und hat der Regierung mitgeteilt, daß ohne die Gewährung einer Oktoberzulage ein Streik der Eisenbahner unvermeidlich sei. Wenn die Verhandlungen am Dienstag keine Einigung bringen sollten, dann werde der D. E. V. über die notwendig sich ergebenden Maßnahmen Beschluß fassen.

Ein Streik von einer Woche würde jeden Arbeiter einen Verlust von 4—5000 Mark bringen, die kaum wieder einzuholen sind. Wir können keine Streikunterstützung zahlen, da durch die Not der Zeit unsere Kampffonds restlos aufgezehrt sind. Vergessen wir auch nicht, daß ein Eisenbahnerstreik eine ungeheure Preissteigerung zur Folge haben würde und daß dieser Zustand sehr wahrscheinlich in eine politische Bewegung ausarten dürfte. (Starke Unruhe bei den Kommunisten. Zuruf: „Das soll er ja gerade!“) Scheffel fährt fort: Nein! Wir haben keine politische Bewegung zu inkorporieren, sondern für wirtschaftliche Forderungen zu kämpfen. In diesen Zeiten der immer drohender werdenden Wirtschaftskrisis müssen auch wir die Unterordnung unter das Ganze verlangen. Wir dürfen keine Sonderaktion unternehmen. Wir werden am Dienstag die Regierung nochmals warnen und sie anfordern, uns das Existenzminimum zu gewähren, weil sonst die Regierung selbst eine Katastrophe heraufbeschwört, deren Folgen unvorstellbar sind.

Reparationskommission und Währungsfrage.

Die Reichsregierung hat sich in mehreren Besprechungen mit den notwendigen Vorbereitungen zur Ankunft der Reparationskommission eingehend beschäftigt. Ein deutscher Plan zur Stabilisierung der Mark wird der Reparationskommission wahrscheinlich nicht vorgelegt werden, da man in Berlin über das Programm und die speziellen Wünsche der ausländischen Delegierten noch nicht genau unterrichtet ist. Immerhin aber wird das Kabinett einen Plan zur Stabilisierung der Mark ausarbeiten lassen, der sich nicht nur auf Maßnahmen im Innern, sondern insbesondere auf Maßnahmen vom Auslande beziehen wird.

Es erscheint nur angebracht, wenn die Regierung über die Grundlagen dieses in Vorbereitung befindlichen Planes strenges Stillschweigen übt. Daß aber die Sozialdemokratie größten Wert auf die Bewertung ihrer Vorschläge in diesem Plane legt, ist selbstverständlich. Es gibt einfach, soweit Maßnahmen im Innern angebracht erscheinen, vorläufig keine anderen Schritte, als die von uns vorgeschlagenen, die wenigstens zu einer Eindämmung der Währungskatastrophe führen können. Darüber hinaus sind wir uns klar, daß ein Erfolg aller Stabilisierungsmaßnahmen im Innern letzten Endes von dem Maß der Hilfe des Auslandes abhängt. Bei den kommenden Verhandlungen muß deshalb die Reichsregierung unter Hinweis auf unsere katastrophale Lage ihr Hauptziel vor allem darin sehen, eine Anleihe zu erreichen, die sicherlich nicht ohne gebührende Sicherheiten zu haben sein wird. Förderlich für den Gang der Verhandlungen mit der Reparationskommission kann es nur sein, wenn sich die Reichsregierung von vornherein auch auf ein evtl. Angebot von Sicherheiten einstellt, zumal innerhalb der Reparationskommission der Gedanke einer mehrjährigen Atempause und der Gewährung einer Anleihe Boden gefaßt hat.

Die Vertreter der Reparationskommission, die am Sonntagabend von Paris abgereist sind, werden am Montag vom Reichs-

Sozialistische Organisation in Polen.

SPD. Warschau, Ende Oktober.

In den westlichen Gebieten Polens finden sich unter dem Deckmantel noch von früher bestehende sozialistische Organisationen, so z. B. im Polenschen, in Oberschlesien, in Böhmen. Das zahlenmäßig allerdings nicht starke Deutschland des ehemaligen Russisch-Polens entbehrt dagegen bis vor nicht allzu langer Zeit jedes sozialistischen Zusammenschlusses. Der einzige Ort, der hierfür in Frage kam, ist Lodz, das große Textilzentrum. Von hundert Fabrikanten war Lodz fast ganz deutsch, freilich nur ein Nest von wenigen tausend Einwohnern. Heute zählt es aber eine halbe Million, darunter reichlich 50 000 Deutsch, unter diesen wieder etwa 15 000 Arbeiter. Hier ist es nun endlich vor einigen Monaten zur Gründung einer sozialistischen Partei gekommen, die den Namen „Arbeitsgemeinschaft“ führt. Das Hauptverdienst hieran haben einige tüchtige, jüngere, einheimische Führer. Die Gründung hat sich glänzend entwickelt, und schon bei den Wahlen zum polnischen Sejm dürfte die Arbeitsgemeinschaft mehrere Vertreter im Verband des Minderheitstums durchbringen.

Lodz ist für politische Aktion ein unauflöslicher Boden. Alles ist hier gewerkschaftlich interessiert und orientiert. Um so notwendiger war es, daß hier ein Zusammenfluß der deutschen Arbeiter erfolgte, die bisher ihre Klasseninteressen nur durch die polnische sozialdemokratische Partei wahrnehmen lassen konnte.

Die bevorstehende Wahl in Großbritannien.

Keine andere Partei ist für den kommenden Wahlkampf so vorbereitet, wie es die Arbeiterpartei ist. Die Liste der Kandidaten enthält bis jetzt 409 Namen. 52 von diesen gehören einer sozialistischen Partei (Unabhängige Arbeiterpartei), 11 der Genossenschaftspartei an. 6 Frauen werden sich um einen Sitz in der Arbeiterfraktion im Parlament bewerben. Große Hoffnungen werden darauf gesetzt, ehemalige Arbeiterabgeordnete, wie R. MacDonald, Ph. Snowden und Lansbury, wiederum gewählt zu sehen. Unter den neuen Kandidaten sind Männer von Weltkenntnis, wie Sidney Webb, Bertrand Russell, G. S. Wells, Norman Angell, E. D. Morel, zu finden. 6 hervorragende Männer der Wissenschaft haben sich der Arbeiterpartei zur Verfügung gestellt. Die beiden vor dem Abzug der liberalen Partei angehörenden Parlamentsmitglieder Poulson und Trevelyan haben sich seit einigen Jahren zum Sozialismus bekant und fungieren diesmal als Kandidaten der Arbeiterpartei. 4 der bedeutendsten Rechtsanwälte, 4 Pastoren sowie 1 Brigadegeneral, 3 Leutnants, 4 Majore, 6 Hauptleute hoffen, daß die Arbeiterschaft sie als ihre Vertreter wählen wird.

Verchenfelds Rücktritt.

Ein Vorstoß der konzervativen Reaktion.

Die Behauptung, daß Verchenfelds Rücktritt nichts mit der Wirtschaftskrise zu tun hat, sondern nur sein Verhalten gegenüber dem Reich treffen soll, wird in dem Telegramm des „Wägen Couriers“ bestritten, der sich aus München folgendes meldet:

Die wahre Ursache des Ministerwechsels ist die noch immer bestehende Entzweiung des rechten Flügel der Reichspartei über das Abkommen Verchenfelds mit der Reichsregierung, das war eine Anzahl erheblicher Abstriche von dem Willen der Schatzkammer, jedoch dem geschwundenen Zustand des offenen Sozialismus ein Ende bereite, in dem sich die rechtsradikalen Kräfte innerlich und äußerlich der Reichspartei offenbar sehr wohl fühlen. Wägen ist es die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit rechtzeitig auf die Tatsache hinzuweisen, daß Verchenfeld auch bei diesem Ministerwechsel die Reichspartei durch mehr oder minder geistlich dickeren Tarnen den Gang der Ereignisse zu beeinflussen versuchen werden. Die offenen und geheimen Vorberätungen der rechtsradikalen Kräfte, die übrigens das nationale Moment lediglich als Deckmantel ihrer antirepublikanischen und antisozialen Pläne mißbrauchen, haben einen derartigen Umfang angenommen, daß man nicht ohne Besorgnis hat, ob die parlamentarischen Akteure in jedem Stadium Herren der politischen Situation bleiben werden.

Darum steht wieder einmal vor einer kühnen Tat, deren Ausrichtung auf die deutsche Nation und Lebenskraft recht erheblich und außerordentlich unerwartet sein wird.

Nach wie vor erfordert also die Lage in Bayern die größte Aufmerksamkeit. Auch die Ernennung Dr. Lappes an Verchenfelds Stelle zum Ministerpräsidenten ist für die rechtsradikalen Kräfte offenbar nur ein Übergang zu weiteren Vorzügen.

Auf der Tagung der Reichspartei erklärte Dr. Heim: „Was die Arbeit im Reichsbund anlangt, so habe die Reichspartei keine andere Realisationsmöglichkeit abgesehen. Der Reichsbund werde sich nur dann noch länger Zeit leisten können, wenn es ihm gelinge, die Genossen von rechts und links nach einmal auseinander zu treiben. Es sei unumkehrbar, daß die Reichspartei auf ihre alte Rolle zu einem neuen, wirklichen Zusammenbruch verurteilt sei. Er wolle mit Berlin sein Heil suchen! Der Reichstag und die Regierung könnten an dem Dingen nichts mehr ändern. Um so müßiger werde die Parteiführung sein, wenn sie es nicht vermeiden könne, daß die Reichspartei die Dinge zu verbessern, denn einmal könne es sein: Deutschland, kein Lager ist in Bayern.“

Die Sehnsucht nach dem Bürgerblock.

Hergts Antiparlamentarismus.

Der dritte Tag des Deutschen Nationalen Parteitag in Göttingen brachte eine Katalonienrede des Landtagsabgeordneten Wallraf, der dem Parteitag folgende Entschlüsse vorlegte:

„Der Parteitag der Deutschen Nationalen Volkspartei erklärt zu ihrem höchsten Ziel: Die Bildung einer großen rechten Block unter Ziel. Bis dahin muß der parteiinternen Sozialdemokratie gegenüber ein Zusammenfluß aller bürgerlichen Elemente des Gleichgewichts bilden. Die Wiedererrichtung des Reichstages ist nur in christlich, nationalem und logischem Geiste auf dem Boden einer alle Kräfte anspannenden und das ehrlich erwerbende Eigentum schützenden Wirtschaft möglich. In dieser Wiedererrichtung mitzuarbeiten, ist die Deutsche Nationalen Volkspartei auch auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsform allezeit bereit. Unsere monarchische Verfassung und unser Recht, für diese Verfassung auf dem Wege der Verfassung zu wirken, wird niemand uns rauben.“

In der Diskussion unterstützte Graf Westarp von den Konservativen, aber dessen Umänderung an die Deutschen Nationalen wir berichtet haben, den Parteitag. Er stellte fest, daß er unter der politischen Führung des Parteiführers mit vollem Vertrauen auch weiterhin mitzuarbeiten gewillt sei. Er lehnt die Trennungsbewegung gegen die Reichspartei ab und empfiehlt die Kooperationsfähigkeit im Bürgerblock durch Verwirklichung der deutschen Nationalen Mandate zu erreichen.

Das Echo in der bürgerlichen Presse ist auf Hergts antiparlamentarische Forderung vorläufig noch sehr negativ. Es spricht die Zeit.

Hergt lehnte den Parlamentarismus als unfruchtbar ab, wir sind fertig mit dem Parlamentarismus, scheint also in Deutschland die Bildung einer Faschistenbewegung anstreben zu wollen. Das bedeutet für Deutschland doch nichts anderes als den Aufmarsch zum Bürgerkrieg, nur deswegen, weil die Deutschen nationalen den Mut verloren haben, ihre Ziele auf dem verfassungsmäßigen Boden des Parlaments zu verfolgen. Wenn nun die Deutschen nationalen sich vom Parlament abkehren und ins Volk gehen wollen, so ist das doch nichts weiter, als die Aufnahme der Taktik der radikalen Linken von der rechten Seite. Dann müßten die Meinungskämpfe nicht mehr im Reichstag, sondern auf der Straße ausgetragen werden. Herr Hergt hatte unterlassen zu sagen, wie er bei solcher Taktik überhaupt noch hoffen kann, daß sich unsere Lage wirtschaftlich und politisch wieder zum Besseren wenden soll.

Wie Hergts Antiparlamentarismus mit Westarps Bürgerblock-Idealen ist, geht aus den Berichten in dieser Nummer hervor. Die Regie scheint diesmal doch ziemlich durcheinandergeraten zu sein.

Kommunistische Psychologie.

Die „rote Fahne“ und die kommunistische Provinzpresse stützen sich mit Wonne auf die tendenziösen Berichte der bürgerlichen Presse über die Besprechungen der Parteiführer mit der Reichsregierung. Sie glauben, in den dort falsch wiedergegebenen Äußerungen des Reichswirtschaftsministers, Genossen Robert Schmidt, über den Achtstundentag und des Genossen Dr. Helfferding über die Plünderungs-Psychologie wirksame Stichworte für den Kampf gegen die Sozialdemokratie gefunden zu haben. Wir stellen deshalb fest:

Genosse Robert Schmidt, der sich auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß vornehmlich für den Achtstundentag ausgesprochen hat, hat in dieser Sitzung lediglich das Interesse der Arbeiter an der Produktionssteigerung betont. Es ist ihm gar nicht eingefallen, sich zu einem Abbau des Achtstundentages zu bekennen. Er hat das Ueberstundenabkommen im Bergbau begrüßt. Er hat aber deutlich zu erkennen gegeben, daß der bisherige mangelhafte Erfolg dazu veranlasse, bei ähnlichen Abkommen in anderen Industrien die im Bergbau gemachten Erfahrungen zu beherzigen. Mit anderen Worten: Nach der Meinung des Genossen Schmidt ist eine Steigerung der Produktion nicht nur abhängig davon, daß Ueberstunden-Abkommen die Zustimmung der Gewerkschaften und der beteiligten Arbeiter erhalten, sondern daß auch die Arbeiter das Gefühl und die Gewißheit haben, daß ihre Mehrleistungen der Allgemeinheit zugute kommen und nicht nur die Steigerung des Profits der Unternehmer zur Folge haben.

Dem Genossen Helfferding ist es selbstverständlich nicht eingefallen, den Kampf gegen das Elend als eine „moralische Entartung“ zu bezeichnen, wie das die kommunistische Presse behauptet. Er hat im Gegenteil ausdrücklich betont, daß die Arbeiterschaft den Kampf gegen die Verwertung der wirtschaftlichen und politischen Mittel zu führen gedenkt, daß er in den verfallenden Mittelschichten die „Plünderungs-Psychologie“ um sich greift.

Wenn daraus die kommunistische Presse konstruiert, daß die Betriebsrats-Bewegung als „Plünderungs-Psychologie“ demagogisiert worden ist, so ist das entweder die Folge einer vollkommenen geistigen Unfähigkeit oder der Absicht der Verleumdung.

Einladung der sozialistischen Lehrer.

Die Vereiniung der sozialistischen Lehrerschaft ist auf der Hauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, die am 22. Oktober in Berlin stattfand, erschienen. Neben die Namen des Zusammenflusses bekand wurden den Vertretern der beiden früheren getrennten Parteien volle Einmütigkeit zum Ausdruck gebracht. Der Vorstand der Unabhängigen Partei ist in den Hauptvorstand einbezogen. Der Hauptvorstand hat folgenden Entschluß zum Zusammenfluß der Lehrerbewegung erlassen:

Wir sind!

In die sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen in Stadt und Land! Kollegen! Genossen!

Kommunistische Aufgaben von größter Tragweite liegen vor uns. Ihre Lösung erfordert den festen Zusammenhalt und die einheitliche Zusammenarbeit gerade der sozialistischen Lehrerschaft. Die Einigung der sozialdemokratischen Parteien ist die von uns immer erlebte gemeinsame Grundlage dafür. Je mehr die Entzweiung auf eine übertriebene Trennung der gewerkschaftlichen Aufgaben der Lehrerschaft von ihren Lehraufgaben zu drängen scheint, um so dringlicher wird der Zusammenfluß aller auf unserem Gebiet stehenden Lehrer zu einer einheitlichen Arbeitsgemeinschaft im Rahmen der vereinigten Partei. Die gewerkschaftliche Einheitsfront ist noch nicht geschaffen — jeder würde einzeln dort, wo er am erfolgreichsten für unsere Sache zu wirken glaubt —, aber die einheitliche Einheitsfront ist da, sie soll und darf nicht durch Meinungsverschiedenheiten auseinander werden. Wir fordern daher alle sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen in Stadt und Land auf, sich mit uns in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen zusammenzuschließen und sie zu dem zu machen, was sie sein will und sein soll: zu einem mächtigen Organ und Instrument des Kulturkampfes der vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Beitrittsbedingungen sind an die Leitung der betreffenden Ortsgruppe, und wo eine solche nicht besteht oder nicht bekannt ist, an die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, zu richten.

Zum Fall Fehrenbach.

Entscheidung des Reichsgerichtes im Bürgerblock.

SPD. Der Reichsgerichtliche Richterband übergeht uns folgende Entscheidung zum Fall Fehrenbach:

In dem durch Spruch des Reichsgerichtes München vom 20. Oktober 1922 zur Entscheidung abgewandten Sache Fehrenbach und Genossen laut der Reichsgerichtlichen Richterband förmliche Vernehmung ein, zunächst gegen das Reichsbund, sodann gegen das Reichsbund, endlich auch über alles gegen den Schuldpruch selbst. Wir haben uns Wägen hervor: 1. Auch eine mündlich erhobene Klage hat nach befristeter Rechtsgründung die bekannte Tat bis ins Einzelne hinreichend zu bezeichnen. Kein Grund liegt dem Kommissar entgegen. Gegen dieses Grundurteil ist vor dem Reichsgericht in München rechtskräftig vorgegangen worden, das Urteil ist im Reichsgericht in München rechtskräftig worden. 2. Das Urteil ist unanfechtbar, das Reichsgerichtliche

gen über Waffenlager und Geheimverträge den verschärften Druck des früher feindlichen Auslandes zurückzuführen, also das Reich schädigen können, und daher unter Umständen geeignet sind, einen Landeserrat darzustellen. Aber selbst bei Annahme eines Landeserrats war zum mindesten bei Fehrenbach ein Grenzfall von Pressefreiheit und Politik gegeben, der für ruhig denkende Richter eine mildere Beurteilung gebieterisch erheischt. Die ungeheuerliche Härte der Zurechnung langjähriger Zuchthausstrafe kann nur als eine den Richtern unbewußte Auswirkung politischer Leidenschaft gewertet werden. 3. Schon von der offensichtlich ungemessenen Uebertreibung des Strafmaßes her erachten sich rückblickend die schwersten Bedenken gegen die Schuldbestimmung selbst. Strafrechtlich ist hier folgendes zu betonen: „Dieplomatiker“ Landeserrat (Strafgesetzbuch 92) ist die vorläufige Veröffentlichung von Nachrichten, von denen man weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches oder eines deutschen Landes erforderlich ist. Dem „Wägen“ ist in dieser Strafbestimmung ein „Mißerfolg“ (schlechte Unternehmung; Bürgerliches Gesetzbuch 122) nicht gleichgestellt. Daß Fehrenbach gewußt habe, seine Bekanntschaft von verbotenen Waffenlagern und Geheimverträgen oder der Urkunden von Eisner oder Ritter an eine ausländische Stelle sei strafwürdig, konnte aus dem bisher bekannt gewordenen Sachverhalt nur von politisch befangenen Richtern gefolgert werden.

Wir befehlen uns vor, nach Empfang der erbetenen Urteilsanfertigung noch die Einzelheiten des Falles zu prüfen. Schon jetzt fordert unser Gerechtigkeitsgefühl, die im Graben ohne weiteres feststehende objektive Verwerflichkeit des Urteils im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung zu kennzeichnen.

Verfolgung antisemitischer Ausschreitungen.

Der preussische Justizminister Am Zehnhoff hat unter dem 23. September 1922 folgende Verfügung erlassen:

Wiederholt sind, insbesondere aus dem Bezirk eines Oberlandesgerichts, Fälle zu meiner Kenntnis gelangt, in denen gegen antisemitische Ausschreitungen nicht mit dem erforderlichen Nachdruck eingeschritten ist. E. S. ersuchte ich, dahin zu wirken, daß von den Staatsanwaltschaften gegen solche Ausschreitungen tatkräftig eingeschritten, daß insbesondere alsbald eine erschöpfende Aufklärung des Sachverhalts herbeigeführt und die Anklage in der Hauptverhandlung mit Nachdruck vertreten wird. Ich ersuche zu prüfen, ob es sich zur Erreichung dieses Zieles empfiehlt, die eingeleiteten Verfahren der Kontrolle durch den Leiter der einzelnen Staatsanwaltschaften oder einen Abteilungsleiter zu unterstellen.

Ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung wird regelmäßig dann anzunehmen sein, wenn die Beleidigung usw. als Ausfluß und Ausdruck allgemeiner antisemitischer Gesinnung begangen ist. Bei Anzeigen von Vergehen gegen § 130 W. G. B. ist zu beobachten, daß die Juden als Klasse im Sinne dieser Vorschriften anzusehen sind (Entscheidung des Reichsgerichts in Strafsachen Bd. 32 S. 352). Wenn es bei Verfahren aus § 166 W. G. B. zweifelhaft erscheint, ob die Beleidigung sich gegen eine „Einrichtung“ oder einen „Gebrauch“ der jüdischen Religionsgesellschaft richtet, wird es sich empfehlen, wegen Anhängigkeit geeigneter Sachverständiger mit den Organisationen der jüdischen Staatsbürger in Verbindung zu treten, und die Frage, ob gegen ein freisprechendes Erkenntnis das zulässige Rechtsmittel einzulegen ist, sorgfältig zu prüfen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erhebt über diese Verfügung ein ungeheures Geschrei, als ob damit eine privilegierte Sonderstellung für die jüdischen Mitbürger geschaffen würde. Sie meckelt, der Jude werde in Preußen „Tabu für jeden Staatsbürger, der nicht zum auserwählten Volk gehört“. In Wirklichkeit liegt die Sache gerade umgekehrt. Eine Anzahl Gerichte haben bisher systematisch den Juden jeden Schutz gegen Ausschreitungen und Angriffe antisemitischer Rohlinge verweigert. Wir erinnern nur an die bekannten Fälle, in denen die Ausplünderung am Judenfriedhof für straflos erklärt wurde, ebenso die Abhängigkeit des Todes „Blut muß fließen, Judenblut“. Ja, selbst der Ruf „Schlagt die Juden tot!“ in einer Demonstration, die tatsächlich Exzesse gegen Juden beging, wurde von einer preussischen Gerichtsbehörde für nicht strafbar erklärt. Wenn der preussische Justizminister gegen diese Verwilderung des Rechtsbewußtseins durch antisemitische Einflüsse vorgeht, so tut er lediglich seine Pflicht. Denn zu welchen Konsequenzen die ungehinderte antisemitische Hege führt, das haben der Mord an Walter Rathenau und das Bombenattentat auf die Mannheimer Börse wohl deutlich genug bewiesen.

Neuer Verdacht gegen v. Röhne.

Gegen den Bildhauer auf Rehov hat sich jetzt ein neuer Zeuge gemeldet. Es handelt sich um den Fall des Oßbüchtersohns Lahlé, der Eigentümer jenseits ging und Monate später in der Nähe von Rehov erschossen aufgefunden wurde. v. Röhne hatte behauptet, daß er an dem betreffenden Tage, wo Lahlé verschwand, verreist gewesen sei. Dies ist bereits durch Zeugen widerlegt worden.

Nun behauptet der Arbeiter Behlitz, der bisher im Gefängnis Groß-Lichterfelde eine Strafe verbüßte, daß er an dem in Frage kommenden Tage ebenfalls auf dem Gelände des Herrn v. Röhne gewesen sei, ihn auf einem Pferde habe vorbeiziehen gesehen und späterhin sein Zusammenstoß mit dem Lehrling von einem Berktel im Walde aus beobachtet habe. Nach seinen Aussagen soll Karl v. Röhne vom Pferde gestiegen und den im Schiffs-Eigenen jenseits den Lehrling wegen seines Diebstahls zur Rede gestellt haben. Als der Junge sich wehren wollte, habe ihn Röhne niedergeschossen.

Das Gesetz zur Abänderung des Getreidegesetzes ist inzwischen veröffentlicht worden; es sieht eine Erhöhung der Preise für das erste Drittel der Umlage für Roggen auf 28 300 Mk., für Weizen auf 39 300 Mk., für Gerste auf 27 300 Mk., für Hafer auf 25 500 Mk. auf der Tonne vor, also rund eine Verdoppelung des bisherigen Preises. Ferner sind in dem Gesetz die Ablieferungsfristen für das zweite und dritte Drittel der Umlage dahin geändert worden, daß bis zum 31. Dezember 1922, bis zum 31. Januar, 28. Februar, 15. April 1923 je ein weiteres Sechstel der Umlage zu liefern ist und daß für jedes dieser Sechstel der Preis nach dem im Gesetz vom 4. Juli 1922 für die beiden letzten Drittel der Umlage angegebenen Verfahren festgelegt wird. Endlich ist die in dem Gesetz vom 4. Juli 1922 vorgesehene Möglichkeit zur Abführung der Ablieferungsfrist von Originalkaufgut durch einen Geldbetrag ausgedehnt worden auch auf anerkanntes Saatgut für die Frühjahrsbefestigung.

SPD. Die von den Beamtenorganisationen angeforderten neuen Verhandlungen über Neuregelung der Gehälter der Beamten werden voraussichtlich am kommenden Mittwoch im Reichsfinanzministerium beginnen. Am heutigen Montag treten zunächst die Vertreter der Länder zusammen.

Der Vorstand des ADGB hat sich Sonnabend vormittag auf Ersuchen des Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes zum Reichsanwalt begeben, um ihn zu ersuchen, für schnelle Aufnahme neuer Verhandlungen über die Oktoberlöhne der Staatsarbeiter einzutreten. Für die Festlegung der Novemberlöhne hat der Reichsfinanzminister zum kommenden Dienstag Verhandlungen angesetzt. Bisherig werden bei diesen Verhandlungen auch die Oktoberlöhne neu geregelt.

Währung und Wirtschaft.

Gegen bürgerliche Zerkünderung.

Der Kampf um die Währung dauert mit unverminderter Schärfe fort. Die Partei der Arbeiterschaft hat sich erlaubt, eindeutige und klare Vorschläge für ein Währungsprogramm der Reichsregierung zu unterbreiten. Diese beruht zunächst auf einer Konferenz von Bankiers. Nun hätten die Bankiers, die seit drei Jahren ihr helles Vergnügen am Sturz der Mark haben — sie müssen jetzt Böhrenjertage einlegen, um den ungeheuren Kundenandrang abzuhalten —, ja doch auf den Gedanken kommen können, ein starkes Eingreifen sei nötig. Was aber aus dieser Besprechung der D-Banken herauskam, ist bekannt. Positive Vorschläge, die über den Rahmen der Devisenordnung hinausgehen und die deshalb dem Währungsprogramm der Sozialdemokratie hätten gegenübergestellt werden können, wurden nicht gemacht. Erfolg: eine aktive Währungspolitik ruht im Schoß der Zeiten; der Dollar darf steigen, die Börse aufatmen. Antisemitische und semitische Vertreter des Agrar-, Industrie- und Handelskapitals frohlocken.

Aber ein neues Schlagwort wird in die Massen geworfen: Arbeit mehr, los vom Achtstundentag! Dann, so behaupten die Bürgerlichen, würde sich die Währung schon erholen. Es ist immerhin interessant, die Forderung nach Mehrarbeit ertönen zu hören, während gleichzeitig aus Westdeutschland Beschränkungen gemeldet werden. Sollten die, die noch Arbeit haben, mehr arbeiten, um die übrigen aus der Werkstatt zu verjagen? — Aber auf solche kleinen Widersprüche kommt es den Grundbesitzern des Dollars nicht an. Es genügt, sie festzustellen, um sie zu kennzeichnen.

Zweck der Mehrarbeit sollte es sein, den Einfuhrüberschuß zu beseitigen, den Export zu heben. In Frankfurt hat jedoch der Freihandelskongress, auf dem auch mancher Vertreter war, der sonst nicht genug nach der Mehrarbeit der anderen rufen konnte, wiederholt festzustellen Gelegenheit gehabt, daß Deutschland ja gar nicht so exportieren könne wie es wolle. Die anderen erlauben es nicht. Und Herr Gothein, der je nach Bedarf mit Worten zu- und abjagte, was ihm gerade gut scheint, hat diesmal sogar die richtige Feststellung gemacht, daß selbst die schlechtere Mark keineswegs die Warenausfuhr begünstige! Also die Hebung der Warenausfuhr stößt, so hören wir aus dem Munde der Sachverständigen, auf Schwierigkeiten. Ob sie mit Worten und Parolen überwunden werden können, ist fraglich zu bezweifeln.

Der Ansturm aber wird offenbar, wenn man bedenkt, daß die schlechte Baluta ja gerade der Grund, nicht die Folge unserer Handelsbilanz ist. Mit jedem Stok, den die Mark erhält, nimmt die Nachfrage des Inlandes nach Waren zu. Panikartig häufen sich die Aufkäufe; alles flüchtet in die Ware, weil das Geld keine Wert mehr hat. Die Warenproduktion hat seit den wirren Tagen des Jahres 1919 zweifellos zugenommen. Der Anteil der Arbeitskraft am Ertrag der Arbeit, der Reallohn, aber ist gesunken. Zeigt nicht gerade die gegenwärtige kritische Lage der Konfektionsindustrie, wie weit die Kaufkraft hinter den Preis zurückbleibt, wie ihre fortgesetzte Schwächung die deutsche Wirtschaft mit einer Krise bedroht? Und sind an dieser Erscheinung wirklich nur die Reparationen schuld? — Wohl wurden die Zahlungen an die Entente durch die Notenpresse an den Rentnerstand und die Arbeitskraft abgewälzt. Aber der Sachbesitz hat von dieser Verarmung nichts zu spüren bekommen. Der Mehrertrag der Produktion, der seit ihrem Tiefstand vor drei Jahren erzielt wurde, ist ausschließlich denen zugute gekommen, die jetzt als Aktionäre, Spekulanten, Valutahändler und Agrarier mit der Flucht in die fremde Währung oder in die Waren die deutsche Mark aufgegeben haben.

Diese Leute wollen heute nicht wissen, was sie oft selbst gesagt haben, daß die Währung der Welt zur gänzlichen Desorganisation der Wirtschaft ist. Sie wissen es, wenn sie an die Entente appellieren. Sie stellen sich dumm, wenn es gilt, die innerpolitische Konsequenz daraus zu ziehen, daß Deutschland selbst eine aktive Währungspolitik treiben muß. Wenn die Arbeiterschaft heute Mehrarbeit leistet, so weiß sie, daß damit zunächst die Profitrate steigt, daß die aufgesammelte Akkumulationsrate ihren Weg in Ware und fremde Währung findet, daß damit die Mark weiter sinkt, die Lebenshaltung der Ar-

beiter erneut sich mindern muß. Ein Drittes gibt es nicht. Denn der Mark traut heute niemand mehr, trotz Devisenverordnung und trotz Sachverständigenkonferenzen.

Durch die Entwertung der Mark wurde im Inland künstlich der Spartrieb ertötet und eine übertriebene Nachfrage nach Ware, zu der fremde Einfuhren an Rohstoffen notwendig sind, gezeugt. Deutschland, das am Rande der Hungerkatastrophe steht, verbraucht im letzten Jahre mehr als ein Viertel der Weltenergie an Kaffee, verarbeitet ungläubliche Mengen von Gerste (3,3 Millionen Zentner Malz in einem einzigen Vierteljahr) zu Bier, führte Mais zur Spiritusgewinnung ein, nährte Tausende von Likörstubeninhabern. Mehrarbeit unter heutigen Umständen könnte nur den Erfolg haben, daß der unnütze Konsum noch mehr steigt, daß sich die Unternehmer noch mehr Autos und Rittgüter oder Auslandsgüter zulegen, ohne die geringste Gewähr dafür zu bieten, daß die Verbraucher mit niedrigeren Preisen und erhöhter Kaufkraft auch etwas von dem Mehrertrag der Arbeit erhalten!

Nie hat die Sozialdemokratie die Bedeutung der schlechten Handelsbilanz für die Währung unterschätzt. Darum ist auch ein wesentlicher Bestandteil ihres währungspolitischen Programms die seit langem verfolgte Forderung, daß unnütze Einfuhr unterbunden wird. Die bürgerlichen Vertreter aber haben die Durchführung dieser Forderung — erst neuerdings wieder beim Tabak — hintertrieben.

Aber an der Tatsache, daß die Währungsreform die Voraussetzung zur Gesundung der Wirtschaft ist, läßt sich nicht rütteln. Das gibt neuerdings auch die „Germania“ zu, indem sie „grundsätzlich“ die Stützung der Mark befürwortet, die grundlegenden praktischen Maßnahmen dazu aber ablehnt. Daß die Agrarier jeder Selbsthilfe des Volkes in der Währungsfrage abhold sind, seitdem sie mit den Preisen für freies Getreide an dem hohen Stand des Dollars interessiert sind, braucht die „Deutsche Tageszeitung“ nicht erst mit dem Pathos niederträchtigen Spottes zu versichern. Die notwendige Aufklärungstätigkeit hierfür haben die Landbändler längst — und mit verzweifelt gutem Erfolg — geleistet!

Über darum erst recht muß der Markkurs gestützt werden. Eine Regierung, die verantwortungsbewußt genug ist, mußte aus dem Widerstand und aus den Ablenkungsversuchen der interessierten Kreise entnehmen, wann sie auf dem richtigen Wege ist.

Jedenfalls bleibt der Arbeiterschaft keine andere Macht, als über diese Widerstände hinwegzugehen oder aber diejenigen, die ihnen nachgeben, die Verantwortung für ihre unheilvolle Passivität selbst tragen zu lassen.

Das Ehrhardt-Gieß auf Mürwik.

Ein interessanter Prozeß fand am Dienstag vor dem Schöffengericht in Flensburg statt. Angeklagt war Genosse Stadtverordneter Michelson, sowie eine Reihe anderer Personen wegen Verleumdung der Offiziere von der Marinekaserne Mürwik. Die Angeklagten hatten behauptet, daß die Ermordung Rathenaus in Mürwik durch ein Selbstgelage gefeiert worden und dabei Neben zur Verherrlichung des Mordes gehalten worden seien.

Die Beweisaufnahme ergab, daß am Abend des 24. Juni tatsächlich in Mürwik ein Gelage gefeiert worden ist, aber es soll eine „Geburtsstagsfeier“ gewesen sein. Die beteiligten Marinefährtleute erklärten, sie hätten von der Ermordung Rathenaus nichts gewußt.

Eine sehr merkwürdige Rolle spielten drei Messerwörter als Zeugen. Sie hatten in der Voruntersuchung für die Offiziere schwer belastende Aussagen gemacht. In der Hauptverhandlung hielten sie plötzlich mit ihren Aussagen zurück und hatten die Erinnerung an das Meiste verloren. Sie wußten nur noch, daß der Kapitänleutnant Krause eine Rede über Rathenau gehalten hatte, an den Inhalt der Rede konnten sie sich aber nicht mehr erinnern, obwohl er ihnen in der Voruntersuchung noch gegenwärtig gewesen war.

Sehr interessant war es, daß einige Offiziere als Zeugen ausgeben mußten, daß mehrfach in der Offiziersmesse das berühmte „Ehrhardt-Gieß“ gesungen worden ist. Dies beginnt bekanntlich mit den Worten: „Hakenkreuz und Stahlhelm“ und verherrlicht den Meuterer und Hochverräter Ehrhardt. („Ehrhardt's

Geist im Herzen — kann nicht untergehen.“) Ein Zeuge bekundete, daß Kapitänleutnant Krause in seiner Rede gesagt hat: „Seht mal, Ihr Fährnisse, habt Ihr früher auch bei trockenem Brot und Margarine gegessen?“

In seinem Plädoyer mußte der Staatsanwalt zugestehen, daß in Mürwik Dinge passiert seien, die besser unter Erhoben wären. In der Abmilderung des Ehrhardt-Liedes konnte dieser Vertreter der Republik allerdings nur „eine kleine Entgeltleistung“ erblicken. Was sagt der Herr preussische Justizminister zu dieser lagen Auffassung eines Hüters der Staatsautorität, die es für eine Kleinigkeit hält, wenn Marineoffiziere einen freibrieflich verfolgten Meuterer verherrlichen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Hauptangeklagten — trotz der erwiesenen Vorkommnisse — sechs Wochen Gefängnis, gegen die übrigen je 5000 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte nur auf Geldstrafen zwischen 500 bis 8000 Mk.

Jetzt wird sich der Herr Reichswehrminister zu äußern haben, wie er die Abmilderung des Ehrhardt-Liedes durch seine Marineoffiziere beurteilt.

Internationale Arbeitskonferenz.

Der Achtstundentag.

Genf, 28. Oktober.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, machte in einem besonderen Bericht über die Frage des Achtstundentages interessante Angaben über den gegenwärtigen Stand des Problems. Das internationale Abkommen über den Achtstundentag ist bisher nur von fünf Staaten: Griechenland, Indien, Belgien, Tschechoslowakei und Rumänien ratifiziert worden. Eine Anzahl europäischer Staaten hat es weder ratifiziert, noch auf eine diesbezügliche Anfrage des Internationalen Arbeitsamtes geantwortet. Von den europäischen Staaten, die die Ratifikation noch nicht vorgenommen haben, aber vorbereitende Maßnahmen treffen, haben die meisten, darunter auch Deutschland, das Arbeitsamt über die Gründe der Verzögerung unterrichtet. Deutschland machte dabei seine besondere Lage (!) geltend, die für verschiedene Berufe eine Arbeitsüberhäufung bringe. Es wies ebenso wie England darauf hin, daß man in bezug auf die Kollektivverträge weitherzig (!) sein müsse, was die Arbeiterbetriebe betreffe. (Diese Begründung erscheint uns sehr merkwürdig, da sie den Eindruck erweckt, daß die Regierung der Durchföherung des Achtstundentages das Wort redet. D. Red.) Besonderen Raum nahmen in dem Bericht des Arbeitsamtes die Schwierigkeiten ein, die sich in Frankreich dem Achtstundentag entgegenstellen. Albert Thomas gelangte nach gründlicher Untersuchung der Frage zu dem Schluß, daß eine autorisierte Befähigte Instanz die Konferenz selbst sein müsse. Solange eine formelle Entschließung nicht vorliegt, sei es wohl das Wichtigste, wenn die diesjährige Arbeitskonferenz den Teil des Abchnittes 13 des Friedensvertrages über die internationale Arbeitsorganisation möglichst rein erhalte und neu befehle.

Devisen-Kurse.

Berlin, 30. Oktober.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	28. Oktober.	27. Oktob.	
Amsterdam	1 fl.	1608.98	1620.98
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	270.82	284.38
Kristiania	1 Kr.	739.14	773.06
Kopenhagen	1 Kr.	825.98	862.88
Stockholm	1 Kr.	1162.28	1137.15
Helsingfors	1 finn. Mk.	99.—	96.25
Rom	1 Lire	162.09	157.60
London	1 £	1840.87	1858.50
New York	1 Doll.	4127.15	4139.62
Paris	1 Frs.	290.27	274.31
Zürich	1 Frs.	746.13	718.21
Madrid	1 Pesetas	628.42	608.47
Wien	100 Kr.	5.28	5.28
Prag	1 Kr.	127.68	127.68
Budapest	100 Kr.	164.—	164.—

Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Sider.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Fremde sah ein bißchen bekümmert vor sich hin. „Na, ich muß wohl machen, wenn ich vor Abend wieder nach Kamstedt will.“

„Sie sind wohl in Kamstedt zu Hause?“ fragte Hinnerk Gosh.

„Ja, ich bin Klas Klafen sein Sohn. Den Alten haben Sie gewiß gekannt.“

„Den alten Besenklas, der mit Schrubbern und Schloefen und Aneisern haufieren aing? Wohl habe ich ihn gekannt. Er ging immer am Stok. Er war ein großer Mann, aber seine Schrubber waren helllich klein.“

„Das soll wohl so sein.“

„Handeln Sie auch?“

„Nein.“ Gert Klafen, der Sohn von Klas Klafen, warf sich ein klein wenig in die Brust. „Ich bin Bauernschlachter, und im Sommer arbeite ich ein bißchen im Heu und im Korn. Ich fresse mich so durch. Meine Alte ist auch noch gut zuwege, und dann haben wir man bloß ein Kind.“

„Einen Jungen?“

„Nein, bloß 'ne Deern. Aber mit der woll'n wir mal ein bißchen höher hinaus. Ich spekuliere all auf was. Wenn ich bloß erst die beiden Jungen los bin, die essen mir die Hüft mit die Mütt auf. Na, adjus, Nachbar. Nehmen Sie's nicht für ungu!“

„Nehmhärl! Ich muß ja auch zum Vesperbrot nach Haus. Adjus, Nachbar.“

So trennten sich die beiden, welche sich vielleicht nie wieder sehen sollten. Hinnerk Gosh nahm seiner Spaten auf die Schulter und ging schmerzhaft mit gebogenen Knien vorwärts; Gert Klafen zupfte seinen Sommerstaat zurecht, beugte den Kopf noch demütiger als zuvor und schritt die Trift nach Spätlinghof entlang.

Er schritt langsam und mühsam auf dem schlechten Wege, der ehemals durch den Auen aufgeweicht und wieder durch die Sonne hart getrocknet war. Am Begerand standen bestaubte Düfeln und Taubneffeln, vor kleinen Müden umspießt. Gert Klafen sah die Umgebung des Hofes mit dem Blick des Kenners ins Auge. Er schüttelte den Kopf, als er die vielen Düfeln und Taubneffeln auf den Fennen sah. Vorstichta tante er über den moischen Stra, der über die Grast (Hofgraben) führte. Dann schritt er über die Wert, wo Hundschlumen und Alnfaderblätter das Gras hier überwucherten. Er kam an das Wohnhaus, ein großes, niedriges Gebäude, an dessen ehemals weisheitlichen Mauern der Stallstumpf vieler Jahre lachte. Seitwärts ge-

wahrte Gert Klafen den Düngerhaufen, auf dem eine Hühnerkacke pickend und scharend umherlief.

Vor der Haustür blieb der kleine Mann einen Augenblick stehen, als wollte er Courage sammeln, denn augenblicklich behagte er wenig davon. Er legte die Hand auf die Klinke. „Na, denn man ein in die Höhle des Drachen!“ jagte er zu sich selbst und überschritt ändernd die Schwelle.

Er stieß ein wenig dabei mit dem rechten Fuß an und trat nun noch einmal zurück, um auch mit dem linken Fuß anzutreten, damit ihm nichts in die Quere ainge.

Kraft wäre er über einen Rehrichthausen gefallen, der hinter der Tür lag, und als er diesem auswich, trat er einem großen arauen Rater auf den Schwanz. Er unterdrückte einen Kluch, klinte die Tür zu dem Wohnzimmer auf, steckte vorsichtig den Kopf durch die Spalte und sagte laut: „Gute Tage!“

Niemand erwiderte den Gruß. Das Zimmer war leer. Eine rauchgeschwärtzte braune Kaffeekanne und ein Tassenkopf ohne Henkel, die auf dem Tische standen, zeugten davon, daß hier jemand haufte.

Gert Klafen ging zurück, die schmuckige Zementdiel entlang, er haufte ein wenig, er aucte in die beste Stube und in den Stall hinein und kam schließlich in die Küche. Ueberall herrschte Schmutz und Unordnung. Eine schlechte Luft füllte das Haus. Gert suchte unwillkürlich das freie und trat durch die Hintertür in den Hof. Er schritt vorbei an dem Scheuerplatz und an dem schwarzen Saat der geipenslich seinen langen Arm vorgestreckt hielt. So gelangte er in den Garten. Bedauernd ließ er keine Blicke über die Stachel- und Kohannisberkräucher schweifen, deren überreife Frucht fast die Erde streifen. Hier sah er Erbarranten ohne Steden haktlos herunterhängen, dort Bohnen mit zerfressenen Blättern. Sellerie, welcher ins Kraut geschossen war. Frühen an der Erde kroch etwas graues herum, war es ein Hund?

Jetzt erhob sich eine Gestalt, schmuckig, zerlumpt, wie eine lebende Vogelscheuche; es war Trienleschen Goss, die Herrin von Spätlinghof.

„Gute Tage, Mamiell Goss!“ haute Gert Klafen mit demütiger Miene. Im Stillen setzte er hinzu: „Alle guten Geister loben Gott den Herrn.“

Mamiell Goss hatte Müden gepflanzt. Ihre schmuckigen Hände an der großen Sackhürze abreibend, kam sie näher, mit mißtrauischen Blicken den Fremden mustend.

Sie war eine lange, magere Person, der die Kleider um den Leib schlotterten. Ihre Züge waren scharf, ihre Haut zungig, der kahle Aker war erod und vorprinaend. Was Gert Klafen aber am meisten auffiel, waren die häßlichen, großen grauen Augen, in denen das Weiße gelblich schimmerte.

Gerts Haltung wurde der häßlichen, unfreundlichen Frau gegenüber noch unerbittlicher. Vorlegen drohte er keine Mühe in den Händen.

„Ja, Mamiell“, begann er endlich, als sie ein kurzes auf-rüttelndes „Na!“ hervorrief, „ich soll Ihnen ein Grünis bringen von Ihrer Schwester Annagret.“

„Behalten S' für sich!“ jagte Mamiell kurz und schroff. „Sm,“ fuhr Gert fort, „Annagret läßt Ihnen bloß sagen, sie sie wäre man glücklich tot und hinüber und Mamiell möchte man so gut sein und die beiden Jungen hernehmen.“

„So, dafür bin ich gut genug?“ polterte die Alte heraus, während unter den buschigen Brauen hervor ein stechender Blick auf den armen Gert loch.

Er wich einen Schritt zurück. „Ja,“ meinte er, „der Herr Pastor hat es gesagt und der Bauernvogt auch, Sie wären die Nächste dazu.“

„So, die Nächste?“ Sie lachte. Aber ihr Lachen klang wie ein wildes Schloffen. „Weil sie den schwarzen Kat geheiratet hat und ich bin hier sitzen geblieben bin und mich allein lauer gefant habe, darum soll ich nun die Jungen flittern die mich gar nichts angehen.“

„Ueberlegen, Sie sichs, Sie tun ein gutes Werk.“

„Will nicht,“ knurrte sie. „Hab' selber nichts zu biegen und zu brechen.“

„Sie haben doch den Hof. Die beiden Jungen könnten Ihnen gut helfen. Sie sind schon heronacemachen; Tat ist dreizehn und Kau hat elf Jahre alt, da hätten Sie schon was von.“

„Ja, das kann ich all! Nachher kriegen sie einen unter und lauern schon auf meinen Tod; ne, ich laß mich nicht unterkriegen.“

„Na, einmal kriegen die Jungen den Hof doch, so wie so; mitnehmen können Sie ihn doch nicht, wenn Sie sterben.“

„Ne, mitnehmen kann ich ihn nicht,“ wiederholte sie mit laurer Miene, als läte es ihr leid, daß sie den großen Marischhof nicht mitnehmen könnte in ihr enes Grab. „Aber das ist egal, solange ich da bin und noch eine Hand rühren kann, gebe ich nichts weg, nicht einen Spier Stroh,“ keifte die Alte. Sie hielt Daumen und Zeigefinger wie zum Schwur empor und preßte sie fest zusammen.

„Das ist ja auch gar nicht nötig,“ sagte Gert heuligend.

„Die Jungen brauchen gar nichts als ein bißchen Essen und Trinken, das wächst Ihnen hier ja alles zu. Wenn sie in Pflege ausgetan werden, müssen Sie doch auch bezahlen.“

„So, muß ich? Sie sind wohl der Kurator?“

„Ich bin man bloß der Sohn vom alten Besenklas,“ sagte Gert demütig. „Wir waren nur mal die nächsten Nachbarn von Annagret. Da haben wir denn die Jungen übergenommen, als sie starb. Der eine schläft bei uns und der andere nebenan bei Schame Sönnen. Sie kennen doch gewiß die Seifensöhne, die mit Seife und Awtin haufieren; sie kann auch Kartenlegen und Teearzt sein. Kommt sie nicht auf Spätlinghof?“

„Ne, Seife und Awtin brauche ich nicht, und das Wahrjagen, ist mir das Geld nicht wert; wenns nicht eintrifft, ist man keine Großen umsonst los.“ (Fortsetzung folgt.)

Freistaat Lübeck.

Montag, 30. Oktober.

Es muß sein!

Eine undankbare Aufgabe der Presse ist es, tagtäglich ihren Lesern von der rasenden Teuerung Mitteilung machen zu müssen. Noch undankbarer aber ist es gerade der sozialdemokratischen Presse, ihren Genossen und Freunden sagen zu müssen, daß die Hochflut der Teuerung auch vor ihrer Tür nicht halt macht. Einsichtigen Lesern braucht man diese Tatsache kaum auseinanderzusetzen, denn das fertige Produkt einer Tageszeitung ist technisch und geistig aus hundertelei Faktoren zusammengesetzt, die alle mit dem allgemeinen Wirtschaftsprozess zusammenhängen und von ihm abhängig sind. Die Teuerungswelle, die über das Wirtschaftsleben hinwegrollt, erfährt folgerichtig auch die dieses Wirtschaftslebens umschließende Presse. Nur ist diese schlimmer daran als jeder andere im Wirtschaftsleben Tätige. Während hier die Preise mitunter jeden Tag sich nach oben verändern, muß sich die Zeitung für einen ganzen Monat oder bei den Postabonnenten auf ein Vierteljahr im voraus binden. Sie ist also auf jeden Fall gegenüber der allgemeinen Preissteigerung im Nachteil. Daraus resultiert auch ihre wirtschaftliche Not, der von Monat zu Monat eine Reihe Blätter erliegen. Im September und Oktober allein haben wieder 78 Tageszeitungen und 198 Zeitschriften die Waffen gestreift. Das ist ja eben die traurige Tatsache, daß so mancher für jeden anderen Artikel, wenn auch murrend, jeden Preis bezahlt, aber den Zugewinn nicht spekuliert, sobald er sich um die geistige Nahrung handelt und diese ist in unserer aufgeregten Zeit doppelt und dreifach notwendig. Wohin sollte es führen, wenn nur noch die kapitalkräftigen und durch allerlei Feinheiten vom Großkapital unterstützten Zeitungen erhalten blieben?

Insbesondere leidet die sozialdemokratische Presse, die Kämpferin für das schaffende Volk und die Wächterin für Volksrechte, große Not. Das schönste Vergnügen für den heimlich erstarnten Kapitalismus und die finstern lauernden reaktionären Gewalten würde der Untergang der sozialdemokratischen Presse sein. Gerade jetzt wird auf Tod und Leben um Sein oder Nichtsein des Volkes gekämpft, wird der letzte Hebel angelegt, um den republikanischen Staat aus den Angeln zu heben, um allmählich wieder zu dem alten Hörigkeitsverhältnis und gewalttätigen Obrigkeitsstaat zu gelangen.

Kein aufrechter Mann kann tatenlos diesem Treiben zusehen! Jeder freiheitsliebende Deutsche muß sich verpflichtet fühlen, die Presse zu unterstützen, die folgerichtig und unerschrocken der Reaktion entgegenwirkt. Und das ist nur die sozialdemokratische Presse.

Die kapitalistischen Kräfte machen ihr das Leben sauer genug. Neue unerhörte Papierpreissteigerungen sind eingetreten. Ein Waggon Papier kostete im Frieden 2100 Mk., im September 1922: 880 000 Mk., im Oktober 1 Million und durch die neue Ankündigung kommt die Ladung glücklich auf anderthalb Millionen Mark. Dementsprechend steigen die Kosten für die sonstigen Materialien, während, wie in andern Branchen, die Löhne und Gehälter nur mühsam nachhinken. Auf die Dauer halten diese Steigerungen, wie gesagt, nur ganz kapitalkräftige Verlage aus. Und auch diese sind gezwungen, den Abonnements- und Inseratenpreis respektabel zu erhöhen. Die Hamburger Zeitungen kosten vom 1. November ab monatlich 600—700 Mk. Daß unter diesen Umständen auch unsere Freunde und Genossen etwas tiefer in die Tasche greifen müssen, liegt auf der Hand. Wir sind überzeugt, daß Lübecks Arbeiterschaft ihre eigene Presse nicht im Stich läßt. Sie ist seit Jahrzehnten ihr treuester Werbeger, hat auch im größten Sturm nicht verlagert und erwartet nun auch, im Interesse des arbeitenden Volkes, daß Treue um Treue vergolten wird.

Freunde und Genossen, werbt für den Pressefonds, kauft Anteilsscheine, steht einig zusammen um die Erhaltung eures Blattes, den

Lübecker Volksboten.

Wie ist die Zeitung doch interessant!

Großartig geleitete Fabrikunternehmen haben das Gute voraus: sie fabrizieren in ein und demselben Haus allerlei Artikel. Sind eingerichtet für die verschiedensten Geschmäcker. Freilich, nicht immer ist's Großzügigkeit, wenn ein und derselbe Werkstoff für die verschiedensten Figuren verwendet wird. Meistens ist es Geschäftssinn, der jeden Tropfen auszunutzen versteht, der in der Form zu täuschen vermag, obwohl der Guß das gleiche Material enthält. Ganz schimmig ist es, wenn solch eine Fabrik geistige Erzeugnisse produziert. Wir besitzen in Lübeck ein derartiges Allererweltsinstitut, dessen Fabrikate in allen Farben schillern. Von 1914 bis 1922 schmarren von jener Seite Generäle in schwerigsten Kasackent, so toll und wetterwendig, wie sie nur verträglich Schlachtenleiter hervorstoßen können. Nun ist man dort glücklich wieder auf dem Monde angelangt, hat einige Stinkbomben aus dem Weltkrieg hinaufgerettet und kanzt den Hottentottenwalzer. Karolus Griesgrämlich hat deutsches Land erndet, allmo einst Fürsten, Könige und Kaiser thronen, die dem Volke Hunderte von Millionen Goldmark steuerfrei abknöpfen für die Wohltat, von höchster Gnade regiert werden zu dürfen. Griesgrämlich unterschlägt aus angeborener Bescheidenheit diese Tatsache, weil in eben diesen deutschen Ländern die Kapitalisten Ton, Geldkurs und Warenpreise angeben, die depossidierten Herrschaften auf Wiederanstellung warten und weil in dem einen Landstrich gegenwärtig ein Wahlkampf stattfindet, zu dem man, ficher vom Gegenstück, den Sozialdemokraten eine Stinkbombe zuwirft. Vielleicht ziehen die Pestilenz- und Schwefeldünste auch in jene Ministerien, wo nicht nur Sozialdemokraten, sondern zumeist und vorzugsweise Genossenschaftsmitglieder des Herrn Karolus Griesgrämlich sitzen — vielleicht auch bekommt der Bombenwerfer selber einen tüchtigen Wandvoll davon ab.

Der andere Guß: der noblere; der gestern über die große Not des Volkes klagt, heute die Beforgnisse der Landwirtschaft nachhört, vor überbürdeten gesetzlichen Maßnahmen warnt, wenn diese Westartiger und Stimmesher Laune widersprechen. Wie die Not gebannt werden kann, davon geben die L. N. N. diesen Beweis:

In den schönen warmen Räumen sah man gestern nachmittags bei Tee, Mokka und süßem Gebäck, genöthigt gleich die schmeichelnden Weisen der Hauskapelle und betrachtete interessiert die Waidweibchen, welche, von jungen Damen wirkungsvoll getrauen, vielen Beifall fanden. . .

... und die zahlreich ersichtener in Gäste durch ihre Schätze zu entzünden. Auch die, was nicht neue Idee, bei zwanglosem Nachmittags- und kurzem Abendessen die Damenwelt über das Neueste auf dem Gebiet der Modenkünste zu informieren und ihnen dadurch lange Schaulustpromenaden zu ersparen, wirkt immer wieder — im wahrsten Wortsinne — anziehend. . . . Auch die entzückenden Babyn- und Kinderkleider, die prächtigen Spitzendecken und Gardinen in feinsten Handarbeit, die Seidenstickereien u. a. m. fesselten die Aufmerksamkeit der Besucherinnen.

Ja, ja, es ist entzückend bei Tee und süßem Gebäck die Toiletten und die sonstigen schönen Sächelchen zu bewundern, sich die Schaulustpromenaden zu ersparen. Das Geld der Schwerverdiener hält ihren Damen jede Anstrengung vom Halbe, läßt sie köstliches genießen und laufen, während Tausende in denselben Stadt hungrig zu Bette gehen und die Kinder weder Hemd noch Strumpf am Leibe tragen. Aber man muß die

„Hüter und Wächter“ nicht „tagel“ haben, dann wird man ihnen nichts mehr verlangt, als „traflos loszulassen.“ Das heißt nun nicht etwa mit richtiger uralter Kraft, Gott behüte, sondern mit Klugheit, Taschenspielerlei, Lungenaufwand, Bluff. Ihr Publikum macht ihnen ja so leicht, es legt ihnen selbst alles in den Mund, diktiert ihnen alles. Gefällia in die Feder, man kann doch solch ein Liebeswunderwunder Publikum nicht enttäuschen, nicht wahr; so bräut man „alte Wahrheiten“, die man nicht mehr zu beweisen braucht, man erhält sich ruhig, friedlich und einer zieht den anderen an den Beinen immer tiefer in den Sumpf der Gemeinläche, der nichtswürdigen Dummheit und Faulheit. . . . Ab und zu enden einige durch Selbstmord. . . . Ein paar von ihnen verhungern, von den anderen mehr man nicht, warum sie aus dem Leben gehen. . . . Man ahnt es vielleicht, man flüstert davon. . . .

Das wären die Broten dreier Mitarbeiter aus der bekannten Zeitungsfabrik. Jeder behandelt ein anderes Thema, und jeder läßt sich von keinem awen Geiste „das in die Feder diktieren, was dem Publikum gefällt.“ Dieses outwärtige Publikum ahnt nicht, daß es mit Klugheit, Bluff und Taschenspielerlei von dieser Zeitungsfabrik heillos und einseitig eingeseift wird.

Schiffsunglück bei Swantze.

am Sonnabend morgen sechs Seemeilen von Travemünde.

Die beiden schwedischen Segler „Mastotte“ und „Merry“, Freitag nachmittag mit westlichem Winde von Travemünde ausgegangen, wurden nachts 2 Uhr von schwerem NW-Schneesturm überfallen. Nach schwerem Kampf zur Umkehr gezwungen, sind beide bei Swantze an der meddenburgischen Küste gestrandet. Die Mannschaften haben sich mit dem Boot an Land gerettet. 10 Uhr vormittags wurde das Rettungsboot vom Lotsenboot ausgehleppt, da bei dem Schneesturm vom Leuchtturm weder Signale noch Schiffe gesehen werden konnten. Das Rettungsboot fand ein gesunkenes Schiff und von dem zweiten treiben die Trümmer an Land. Die Mannschaften sind über Land nach Travemünde zurückgekommen und wurden mit dem Nötigsten neu ausgerüstet. Sie können von Glück sagen, daß sie bei dem schweren aufständigen Sturm mit dem nackten Leben davon gekommen sind. — Der Kommission, die augenblicklich dabei ist, das Lotsenpersonal entgegen allem sachmännlichen Urteil, zu kürzen, möchte ich zu bedenken geben, ob sie ein solches Unglück verantworten könnte, wenn wegen Lotsenmangel keine sachmännliche Hilfe hinausgeschickt werden kann? J. R.

Von der Schiffahrt. Opfer des Meeres. Der Hamburger Seefischer „Lahn“ wurde im Schneesturm auf der Msee von seinem Schleppdampfer losgerissen und ist unweit Odel gelandet. Die aus sechs Mann bestehende Besatzung ist ums Leben gekommen. — Noch immer in der Minengefahr in der Ostsee. Mutmaßlich einer Mine zum Opfer geworden ist der Schoner „Karin“, dessen Untergang dieser Tage gemeldet wurde. Wie aus Simprasho berichtet wird, hat man in der Nacht zum 21. Oktober eine heftige Detonation auf See gehört. Da bei der Beobachtung Anholma zwei Leichen angetrieben sind, die blutige Verletzungen aufwiesen, außerdem verchiedene Wracktrümmer angetrieben, nimmt man an, daß der Schoner von einer Mine getroffen ist. — Der Führer des Dampfers „Lina“ berichtet, daß er auf der Reize nach Geffe am 21. Oktober abends auf 58 Grad 35 Strich N. und 18 Grad 51 Strich O. eine treibende Mine passiert hat, die nur wenige Meter vom Schiff entfernt war.

Versammlung des Bürgerausschusses am Mittwoch, dem 1. November, nachmittags 5 Uhr.

Die Abstimmung auf den Lübecker Werften über den Schiedsspruch ergab folgendes Resultat: mit Ja stimmten 268, mit Nein 1075; unglücklich waren 28 Stimmen.

Betriebsperr. Wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages ist die Befehlskraft der Firma Busse u. Pilt heute morgen in den Streit getreten. Der Betrieb ist für die gesamte organisierte Arbeiterschaft gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband.

Wie die Kartoffeln verteuert werden. Der Kartoffelaufkauf ist bekanntlich konzeptionspflichtig. Der Andrang zu diesem Handel ist äußerst groß. Meist im lübeckischen Staatsgebiete sind 60 Aufkäufer zugelassen. Da kann man sich leicht denken, daß einer dem andern die Ware wegzunehmen oder ihn im Preise zu überbieten versucht. Die Kosten gehen zu Lasten der Verbraucher. Es ist bekannt, daß ein hiesiger Händler den Konsumverein und andere Großhändler fürzlich um 100—150 Mt. überbot. Um diesen Betrag wurden also die Kartoffeln verteuert. Uns scheint die Zahl der hier zugelassenen Kartoffelaufkäufer viel zu groß. Sie muß im nächsten Jahre auf alle Fälle wesentlich herabgesetzt werden. Vielen Händlern kommt es auch nicht darauf an, die Bevölkerung gut und preiswert mit Kartoffeln zu versorgen, sondern vor allem gute Geschäfte zu machen. So empfiehlt in der „Butjadinger Zeitung“ ein Wilhelmshavener Kartoffelkäufer den Landwirten und Viehhältern als billiges Nütermittel — Kartoffeln. Er erklärt sich bereit, jederzeit wagganweise Kartoffeln in beliebigen Quanten an die Viehhälfter zu liefern. Und das zu einer Zeit, wo in den Städten einmal eine Knappheit an Kartoffeln herrscht und zum anderen die Preise derselben immer höher klettern. Profit über alles!

Die erste Million hat, wie man uns schreibt, die Sammlung zur Vinderung winterlicher Not jetzt erreicht. Ein schöner Erfolg, für den allen Helfern herzlich Dank gebührt. Ungeachtet der großen Not beharrt es freilich noch weit größere Mittel, wenn nicht viele dem Hunger und Frost erliegen sollen. Es sollte sich jeder fragen: Wie kann ich jetzt helfen? Viele geben 1 % ihres Monatsverdienstes als regelmäßigen Beitrag zur Vinderung der Not, andere geben noch weit mehr. Da die Not von Tag zu Tag wächst, muß immer wieder an alle Kreise die herzlichste Bitte ergehen: Helft die winterliche Not lindern!

Option der aus dem an Dänemark abgetretenen Gebiet abgewanderten ehemaligen Deutschen. Nach Artikel 112 des Vertrages von Versailles haben die deutschen Reichsangehörigen, die am Tage des Ueberganges der Staatshoheit über das an Dänemark abgetretene Gebiet auf Dänemark (15. Juni 1920) ihren Wohnsitz in diesem Gebiet hatten und sich schon vor dem 2. Oktober 1918 niedergelassen haben, das dänische Indigenat (Bürgerrecht) unter Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit erworben. Sie können jedoch bis zum 31. Dezember 1922 für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren. Zur Entgegennahme der Optionserklärung ist das Stadt- und Landamt, Mühlenstraße 72, Zimmer 8 zuständig. Das Stadt- und Landamt erteilt auch alle weiteren Auskünfte über die Option.

Wie schwer das Gold wiegt. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 30. Oktober bis 5. November zum Preise von 13 000 Mark für ein Zwanzigmargstück, 6500 Mark für ein Zehnmargstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 350fachen Betrage des Nennwertes.

Die Erwerbslosen Lübecks haben an die Bürgerschaft eine Eingabe gerichtet, in der sie Kartoffeln und Feuerung als einmalige Wirtschaftshilfe fordern und ferner sonstige Lebensmittel zu einem um 50 % ermäßigten Preise. Gas und Wohnung soll während der Arbeitslosigkeit frei sein. Die Erwerbslosen wünschen weiter, daß ihnen Räume zur Verfügung gestellt werden, in denen Reparaturen an Kleidern und Stiefeln gemacht werden können.

Eine Arbeitsgemeinschaft für Floristik wurde in Kiel gegründet. In den Vorstand wurde u. a. auch Lehrer Petersen-Lübeck gewählt. Die Arbeitsgemeinschaft will alle Floristen der Provinz Schleswig-Holstein und Lübecks in sich vereinigen, floristische und pflanzengeographische Arbeiten und den Naturschutz pflegen, sowie Pflanzenaustausch und Literatur vermitteln. Im Sommer sollen Wandervereinsammlungen in den verschiedenen Städten der Provinz mit anschließenden Exkursionen abgehalten werden. — Erhebung. Die Flora von Schleswig-Holstein betreffend, werden in der Monatschrift „Die Heimat“ veröffentlicht. Anfragen und Mitteilungen sind an Mittelschullehrer Willi Christiansen, Kiel-Gaarden, Brommstraße 36, zu richten.

Im Stadttheater ist der bewährte „Kilmzauber“, Operette von Kollo und Fred Schneider, in neuem Glanze erstanden. Die Erstaufführung am Sonnabend brachte der rührigen Bühne in der Meislinger Msee vor gut besuchtem Hause einen vollen Erfolg. Unter der musikalischen Leitung von E. Hornickel waren die Mitwirkenden mit bestem Gelingen am Werke. Bei Wiederholungen dürfte sich die rühmliche Seite noch verbessern lassen. Hervorheben verdienen Elsie Rohde als Geheimrats Fränze, gewandt in Darstellung und Tanz, Paul Schäfer als ihr ehebrüchiger Partner Oswald Mosenfett, Trude Soreca als drahtförmige Grotta Breitschwer, Mar Walden, ein Gast, der für die Spielleitung zeichnete, und Selma Statton als schickliches Ehepaar Käseber, sowie Carl Biermann-Deyen und Hans Rösle als Liebespaar. Die ausländischen Erscheinungen wurden von Lisa Studt und Hans Eichhorn geradegerichtet. Das Spiel ging in einer hübschen äußeren Aufmachung vor sich.

wh. Stadthallen-Vorspiele. Othello im Film. Wie konnte man die Tragödie des hemmungslosen Künftlings in so barbarischer Weise auf die Leinwand bringen. Das ist kein Film. Das ist nur photographiertes Theater. Schafelware wird sich im Strahl der von Anon im Grabe herumschwebt haben, als er von dieser Vorführung seiner berühmten Dramatisierung des „Othello“ vernahm. Die Vorbeeren eines Publika und eines Reichthums haben arbeitsend den Reiz der Bühnenwelt nicht schlafen lassen. Er wollte es ihnen aelchtm, eine hin und engagierte Rannings für die Rolle des Othello und Frank für Iago. Er wollte aber mit diesen Hauptrollen Gröken nichts Rechtes anzufangen. So hatte Othello während der ersten fünf Akte nur anstalt vor sich hinzutreten und Frank inselste auf eigene Faust Solofolien. Er hörte, er horchte, rollte die Juagen, schritt Orimafeln wie ein rasender Dämon in der Masse eines praktischen Korparals. Und die Desdemona? Nichts von ihrem Glück und Leid, ein Fleisches sah ausdrucksloses Wundenäst. Oder sollten ihre Kfanten Reize, die sie reakt, das erleben, was fehlt? Meinanderberesetzte Bilder, in die eine Anzahl Massenbesenen einsochoben sind, um die weitestesteten Anstalten des Films anzuwenden. Das ist alles. Sieben Akte hindurch nicht als der tüchtige Berater Iago. Die Reaktionen der Reize fehlten. So aber las man das Nichtstos auf den Zwischenakt. Man hätte doch zum mindesten die hübsche Klotze vor der Kiefel Cernn sehen müssen. Das erste Benebia wäre hier unerlässlich gewesen. So aber sind hier Millionen veraudet worden für einen Film, der keinen verlässlichen Zuschauer erfreut. Für diese Unsummen hätte man besser Brot für die Hungernden der Reichsarmut kaufen sollen. Ueber die einwärts gezeichneten Grotesken Charlie Chanlins und Leo Peuferts Eheroman lacht man dafür recht von Herzen.

Wildeverein. Man schreibt uns: An der letzten Versammlung wurde mit lebhafter Freude die Mitteilung entgegengenommen, daß eine Brennstoffhandlung 15 Zentner Torf für beherrigte Wände überlassen hat. Wenn doch andere Firmen manntofacher Art diesem Beistiele folgen möchten, denn die Wände führen einen schweren Daseinskampf als andere Mitmenschen.

ph. Diebstahl. In den letzten Tagen wurden wiederholt aus Wohnhäusern die eisernen Scherrote gestohlen. Wahrscheinlich werden diese von den Fätern verschlungen und als Metallbruch an Trähler verkauft. Nach der Vernehmung über den Trählerhandel hat alle Aufkäufer von Metall und Metallbruch in die Trählerhändler einzufragen. Der Ankauf derartiger Sachen von Trählern ohne Bescheinigung der Eltern ist untersagt, sonstige Verkäufer haben eine Legitimation vorzulegen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Waba. (S. B. D. Beamte und Angestellte.) Heute Montag 8 Uhr Gewerkschaftshaus, Versammlung. Referent: Genosse Weib. 8729

Stadttheater. Montag, 7. Novst. Konzert. Im Dienstag-Abonn. werden 2 Stücke des bairischen Dichters Ludwig Thoma: „Die Lokalbahn“ und „Die Weiballe“ gegeben.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Urteil im Avaré-Prozess. Das vor mehreren Monaten erfolgte Havarienurteil des Dampfers „Avaré“ hat jetzt vor dem Landgericht keine Sühne gefunden. Die Staatsanwaltschaft hatte Klage erhoben gegen den Kapitän Prado, den stellvertretenden Kapitän da Matta, den ersten Maschinisten Amarin und den Hafenoffizier Schmidt. Sie sind beklagt, am 16. Juni 1922 unter Unachtsamkeit ihrer Berufspflichten das Sinken des Dampfers „Avaré“ durch Fahrlässigkeit herbeigeführt und dadurch den Tod von 26 Leuten der Besatzung und 13 deutschen Arbeitern verschuldet zu haben. Die Ansicht der Sachver-

Händigen ging also ein dahin, daß die Schiffsfahrt vollkommen verlagert habe. Zustände, wie sie auf der „Avaré“ geherrschten...

Schlum. Die „Mat“ der Landwirte. Für den festlichen Teil der Rindfleisch und des Silbermarkter Sees...

Schmitt. Nachspruchung in Mecklenburg. Wie das Reichsgericht in der Sache des Schwarzen Schiffsver...

Schmitt. Der Nachbetrug im Haushaltsplan. Das Reichsgericht in der Sache des Schwarzen Schiffsver...

Schmitt. Der Nachbetrug im Haushaltsplan. Das Reichsgericht in der Sache des Schwarzen Schiffsver...

Gewerkschaften.

Republik und Reich. Vom Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird uns geschrieben: Im Reichs...

bedürftig sind, so in Ostpreußen, Pommern und Mecklenburg. Die Deputate sind nicht nur für den eigenen Verbrauch berechnet...

Kommunistische Sozialisten. Vorige Woche verhandelte die Betriebsräte der Stettiner Hafenarbeiter mit den Arbeitgebern...

Diebstahl im Weimarer Goethe-Museum. Am Donnerstag nachmittags, als ziemlich starker Verkehr im Goethe-National...

Großfeuer in den Kumpferwerken. Ein gewaltiges Schichtenfeuer herrschte in der Nacht zum Sonnabend auf dem ehemaligen Flugplatz in Johannisthal bei Berlin.

Der Silberhök der Halloren. Für den, wie berichtet, ein amerikanisches Kaufmannsboot von einer Million Dollar vorliegend, besteht aus 42 Bechern...

Gerechtfal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Spielekategorie Markt.

Herr Holst frast keinen Vordränger, ob es nicht möglich sei, neben dem Kleingärtner usw. auch die Fußballspieler zu ihrem Rechte kommen zu lassen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer...

Ihre am 25. Oktober 1922 vollzogene Vermählung geben bekannt Lübeck, im Oktober 1922.

Friedrich Otto u. Frau Wally geb. Reil.

Johannes Nehlsen Emma Nehlsen geb. Kollmorgen Memmeln.

Karl Kollmorgen u. Frau. Johannes Nehlsen u. Frau.

Walter oder Schiller. Werte gelobt. Ang. u. A 512 u. d. Upp. 1917.

Walter oder Schiller. Werte gelobt. Ang. u. A 512 u. d. Upp. 1917.

Walter oder Schiller. Werte gelobt. Ang. u. A 512 u. d. Upp. 1917.

Walter oder Schiller. Werte gelobt. Ang. u. A 512 u. d. Upp. 1917.

Walter oder Schiller. Werte gelobt. Ang. u. A 512 u. d. Upp. 1917.

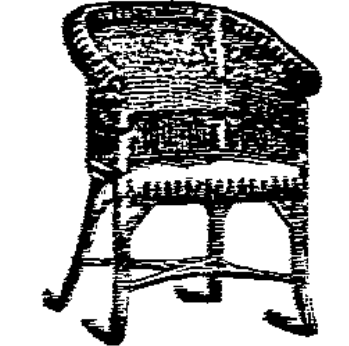
Walter oder Schiller. Werte gelobt. Ang. u. A 512 u. d. Upp. 1917.

3. Brief v. l. v. Lübeck. v. Kerkhofstr. 461 G. h. Tel. abgeseh. Dat. (873)

1874 v. Landwehr. geg. 190 v. Horn zu wert. 8719. Subwehr. 151.

Eimerbier. Dienstags-6 Uhr nachm. 8744. H. Sade.

Eimerbier. Neben Donnerstags. 8735. Franzesl Stamer.



Vorzimmer! Stößten Rollen ändern. Dreier! Dreier! Dreier!

Werk. Sonntag, morg. Geld. mit Jahrb. und Konsumvereine v. Gland. d. H. St. G. H. 8724. Gland. 8724.

Reform- Schuhwaren-Reparatur und Glepperei mit separatem Wackerraum. Spezialität: Gummirollen und Abfälle. Robert Jenken. 50. Hamburg. 2873.

Konsumverein f. Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H. Margarine! Wir legen Wert darauf, unseren Mitgliedern in Margarine stets vollwertige frische Ware zu liefern.

Arbin. der erste Schuhputz. 100% PANTINOLWÄRE IN DOSEN MIT BÄNDEROLE.